



Wir brauchen eine sozialdemokratische Politik für Wohnen und Obdach

«Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen» Diese Worte, die uns Sozialdemokrat:innen besonders nahe liegen, stehen in der Bundesverfassung. Wir leben in einer der Nationen der Welt, deren Bewohner:innen mitunter die besten Lebensbedingungen geniessen. Unsere Gesellschaft hatte noch nie so viele finanzielle, technische und gesellschaftliche Mittel zur Verfügung, um allen ein würdiges Leben zu gewährleisten. Daher ist es unzumutbar, dass jeden Abend so viele Menschen keine andere Wahl haben, als auf der Strasse, in Parks, auf Parkplätzen und in den Wäldern übernachten zu müssen oder aber mit der Angst leben, bald dazu gezwungen zu sein.

Laut einer Studie der Hochschule für Soziale Arbeit (FHNW; Forschungsteam Drilling et al.) im Auftrag des Bundesamts für Wohnungswesen, die im Februar 2022 erschienen ist, wird die Zahl der Obdachlosen in der ganzen Schweiz auf 2'200 geschätzt. Und rund 8'000 weitere Personen riskieren konkret, ihr Dach über dem Kopf zu verlieren. Die grossen Agglomerationen sind von diesem Phänomen besonders betroffen. Die inflationsbedingte Situation lässt zudem eine Zunahme der sozialen Notlage vermuten. Obschon das Problem keineswegs nebensächlich ist, ist es in der Schweiz dennoch sehr schlecht dokumentiert und wird in der öffentlichen Politik gern stigmatisiert. Daher müssen wir uns zur Einschätzung der Auswirkungen dieser äusserst prekären Lage unseren Nachbarländern zuwenden.

Das Leben auf der Strasse bedeutet jedes Jahr den sicheren Tod für viele Obdachlose. In Frankreich liegt die Lebenserwartung einer obdachlosen Person bei 48 Jahren. Das sind 31 Jahre weniger als im Durchschnitt. Die offizielle Gesamtzahl der obdachlosen Opfer lag im Jahr 2020 in Frankreich bei 587 Todesfällen. Man darf jedoch davon ausgehen, dass diese Zahl nur einen Bruchteil der Realität ausmacht, denn sie könnte gemäss Annahmen im selben Jahr bis auf 3'450 Todesfälle steigen. In der Schweiz gibt es keine vergleichbaren Daten. Aber es besteht kein Zweifel, dass solche Todesfälle auch hier vorkommen. Obdachlosigkeit ist nicht nur ein soziales Problem, sondern auch eine Herausforderung für die öffentliche Gesundheit.

Die Bemühungen für die Betreuung von Obdachlosen und für die Schaffung von Notunterkünften sind von Kanton zu Kanton verschieden. Zwar bieten einige städtische Zentren eine bessere Betreuung als andere an. Doch die Forschung im Bereich der Sozialarbeit weist darauf hin, dass die Aufnahmebedingungen sowohl quantitativ als auch qualitativ immer noch unzureichend sind. Zudem ist die Betreuung oft nur auf Notfälle fokussiert und ermöglicht nur in wenigen Fällen eine dauerhafte Wiedereingliederung. Da Notunterkünfte in einigen Kantonen zur Sozialhilfe gehören, leiden sie ausserdem unter denselben

Zugangsschwierigkeiten wie die Sozialhilfe selbst: Ausschluss von Personen ohne rechtlich geregelten Status, fehlende Inanspruchnahme aus Angst vor dem Verlust des Aufenthaltsrechts bei Personen mit Aufenthaltsgenehmigung, administrative Hürden etc. Die Situation hat sich in letzter Zeit etwas verbessert. Dies ist vor allem auf das Engagement der Zivilgesellschaft zurückzuführen, dem die Behörden folgten. Sie verzichteten manchmal auf die Verrechnung von Übernachtungen oder auf die Reduktion der Unterbringungskapazitäten in den Sommermonaten. Diese Entwicklungen sind sicher positiv zu werten. Aber sie sind noch unzureichend, und betrachten die Obdachlosigkeit nach wie vor nur aus einer kurzfristigen Perspektive.

Darüber hinaus muss die Notunterkunft als Mittel zum Zweck und nicht als Selbstzweck angesehen werden. Denn es ist weder denkbar noch menschlich, Menschen in einer derartigen Unsicherheit zu belassen, in der sie nur prekäre Wohnlösungen finden können. Insofern muss die Notsituation einen Ansporn zu langfristigen Wohnungsbaumassnahmen darstellen. Für diese Phase der Sozialpolitik haben Kanada und Frankreich das Prinzip «Housing First» (Unterkunft zuerst) eingeführt. Es ermöglicht, die Leute frühzeitig und dauerhaft von der Strasse zu holen. Ein ähnliches Prinzip wurde in Freiburg angewandt und ist dort sehr erfolgreich: Trotz Mängeln beim Zugang kehren 90 % der Personen, die auf diesem Weg die Notunterkünfte verlassen haben, nie wieder auf die Strasse zurück.

Um dem dringenden Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit im Bereich der Unterbringung obdachloser Menschen gerecht zu werden, setzt sich die SP Schweiz aktiv für folgende Zielsetzungen ein:

- Erarbeitung einer gesamtschweizerischen Begriffsbestimmung der Obdachlosigkeit, um eingehende und bundesweite Untersuchungen des Phänomens einzuleiten; diese sollen Massnahmen ermöglichen, die auf allen drei Staatsebenen getroffen werden können.
- Aufrechterhaltung der Anzahl Notunterkunftsplätze in allen Kantonen über das ganze Jahr hinweg, unabhängig von den Jahreszeiten.
- Schaffung eines öffentlichen bundesweiten Registers der Notunterkünfte, das punkto Belegung in Echtzeit aktualisiert wird und dadurch die interkantonale Koordination der verfügbaren Plätze optimiert.
- Änderung des gesetzlichen Rahmens, um die Grundsätze der bedingungslosen und dauerhaften Unterbringung in der Praxis umzusetzen und sämtliche Formen der Kriminalisierung von Obdachlosigkeit abzuschaffen.
- Kantonale Einführung der Möglichkeit der Beschlagnahme von leerstehenden Räumlichkeiten und Wohnungen für die Bedürfnisse der Bevölkerung.
- Verfechtung und Umsetzung einer Politik der bedingungslosen Aufnahme und Betreuung, die auf dem Prinzip "Housing First" basiert, ohne Diskriminierung aufgrund des rechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Status' der betroffenen Personen.